

„Große Pensionsreform notwendig“

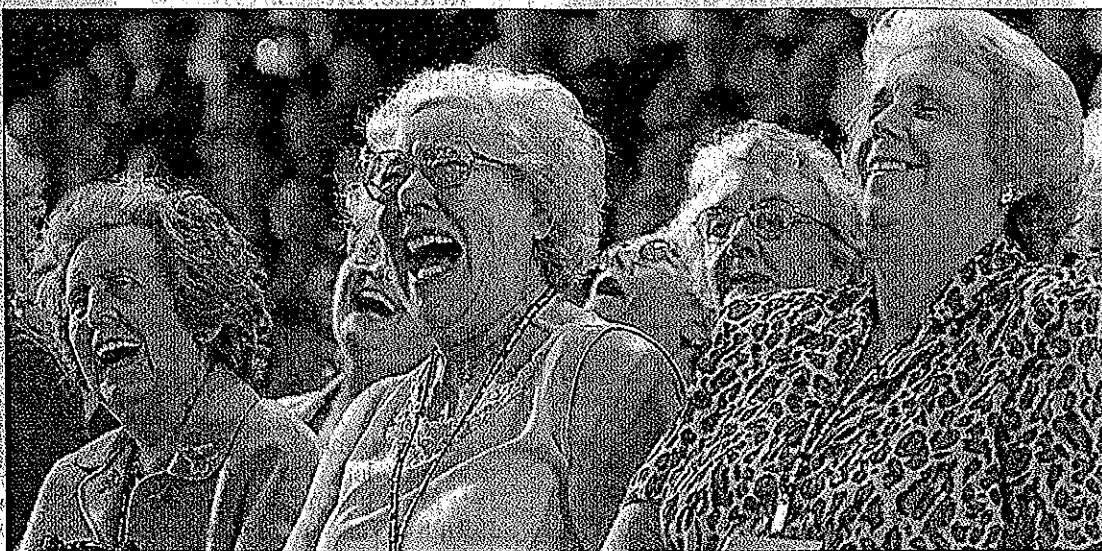
Experten empfehlen schmerzliche Einschnitte – Politiker zögern noch

Wien (VN-joh) Eine Expertenkommission, die von der Bundesregierung eingesetzt worden ist, empfiehlt, „so schnell wie möglich“ eine weitere Pensionsreform zu beschließen. Wobei auch Leistungen gekürzt werden müssten.

Der Leiter der 40-köpfigen Expertenkommission, der Wiener Arbeits- und Sozialrechtler Tomandl, versuchte auf seiner gestrigen Pressekonferenz zu erklären, warum eine große Pensionsreform unumgänglich sei.

Da sei zum einen die demographische Entwicklung; und zum anderen die sich daraus ergebende finanzielle Belastung. Konkret: Nachdem der Anteil der älteren Menschen „deutlich“ steigen werde, müssten 2035 oder 2040 bis zu 15,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Pensionen ausgegeben werden – heute seien es 10,5 Prozent.

Was tun? Tomandl betonte, dass es nicht ausreichen werde, die Beiträge zu erhöhen; ja, es werde nicht einmal genügen, „wenn wir mehr und länger arbeiten“. Die Expertenkommission beschäftigte sich



Reformschritte sollen angenehmes Leben im Alter sichern.

(Foto: EPA/Ison)

daher auch mit der Ausgaben- seite. Das Ergebnis: Die so genannte „Nettoersatzrate“ – die Nettopension gemessen am letzten Activeinkommen – also müsse gesenkt werden.

Zumal die 88 Prozent, die derzeit nach 40 Versicherungsjahren erreicht werden könnten, im internationalen Vergleich ohnehin einmalig seien, sollten künftig nur noch 80 Prozent gewährt werden; und auch das erst nach 45 Versicherungsjahren im Alter von 65 Jahren.

Die Politiker reagierten zurückhaltend – obwohl Tomandl darauf hinwies, dass die Einschnitte immer schlimmer werden würden, je länger man damit zwarte. Sozialminister Haupt ließ wissen, dass er sich derzeit keine gravierenden Veränderungen vorstellen könne.

Sicher, die Nettoersatzrate müsse „irgendwann 2020 oder 2025“ gesenkt werden, aber derzeit sei er nicht bereit, „über solche Dinge zu diskutieren“. ÖVP-Generalsekre-

tärin Maria Rauch-Kallat erklärte zumindest, dass Reformschritte gesetzt werden müssten; die ÖVP werde daher die Expertenvorschläge auf ihre politische Umsetzbarkeit hin überprüfen. SPÖ und Grüne sowie Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund lehnten die Expertenvorschläge unterdessen ab.

Der Präsident des roten Pensionistenverbandes, Karl Blecha, wetterte beispielsweise, sie kämen einer „Enteignung“ gleich.